

## **Katholische Arbeitnehmer fordern ganzheitliche Armutsbekämpfung**

utl: Philipp Kuhlmann, Betriebsratsvorsitzender in der österreichischen Niederlassung eines US-Konzerns, nun an der Spitze der "Katholischen ArbeitnehmerInnen Bewegung Österreichs"=

Wien, 19.10.2015 (KAP) Die enge Verflochtenheit der gegenwärtigen Probleme der Umwelt mit jenen der Gesellschaft zu einer komplexen sozio-ökologischen Krise erfordert einen "ganzheitlichen Zugang, um die Armut zu bekämpfen, den Ausgeschlossenen ihre Würde zurückzugeben und sich zugleich um die Natur zu kümmern". Dieses Wort von Papst Franziskus ist für Philipp Kuhlmann, den neuen Vorsitzenden der "Katholischen ArbeitnehmerInnen Bewegung Österreichs" (KABÖ), Leitlinie in seinem Engagement. Der Betriebsratsvorsitzende in der österreichischen Niederlassung eines US-Konzerns wurde bei der jüngsten Bundeskonferenz zum Vorsitzenden gewählt.

Weitere Mitglieder der neuformierten KABÖ-Bundesleitung sind Margit Savernik, Johannes Labner und Reinhold Grausam als stellvertretende Vorsitzende. Kuhlmann wurde 2014 im Rahmen seiner Tätigkeiten innerhalb der Allianz "Wege aus der Krise" in die Bundesleitung kooptiert. Als weitere Tätigkeitsfelder des neuen Vorsitzenden werden in einer KABÖ-Aussendung am Montag seine Funktionen in der Gewerkschaft und in der Allianz für den freien Sonntag genannt, weiters sein Studium der Religionspädagogik und sein Engagement im Pfarrgemeinderat und bei den Salesianern Don Boscós. Kuhlmann ist zudem Vizepräsident der Katholischen Aktion Wien.

Bei ihrer Bundeskonferenz beschäftigten sich die katholischen Arbeitnehmer schwerpunktmäßig mit der Papstzyklika "Laudato si". Sie sei ein "Auftrag, die Anliegen des Papstes in Kirche und Gesellschaft hinauszutragen". Eine Konkretisierung sei die Verantwortung für Asylwerber und Kriegsflüchtlinge, die Christen wahrzunehmen hätten, so die KABÖ.

Die Organisation fordert demgemäß mehr Arbeitsmöglichkeiten für Asylsuchende. Die politisch Verantwortlichen sollen den eingeschränkten Zugang zu gemeinnütziger Beschäftigung ausweiten -nämlich auch auf jene Organisationen, die wie NGOs, Vereine oder Pfarren auf gemeinnütziger Basis arbeiten, weiters auf sozial-ökonomische Betriebe und gemeinnützige Beschäftigungsprojekte. Dies solle auch für jene Asylwerber gelten, die derzeit privat untergebracht sind, so die KABÖ. Die Zuverdienstgrenze zur Grundversorgung solle auf mindestens 220 Euro angehoben werden.

(ende) rme/gpu/